

Rede von Patricia Lumpp zum FDP Antrag "Einrichtung eines Jugendparlamentes" in der Ratssitzung am 25.03.2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jugendparlamente nehmen die Vertretung spezieller Kinder und Jugendliche betreffende Interessen gegenüber der jeweiligen Gemeinde wahr. So steht es in Wikipedia. Heute haben Sie einen Antrag zur Schaffung einer Vertretung, die eben diese Interessen der Kinder und Jugendlichen durch Kinder und Jugendliche wahrnehmen soll, vorliegen. Sollten wir gleich zu einem positiven Abstimmungsverhalten kommen, ist es egal ob wir die Einrichtung Jugendparlament, Jugendbeirat oder Jugendkongress usw. nennen. Stören sie sich also bitte nicht an den Namen. Wir haben ihn gewählt, weil er doch das was wir uns wünschen am besten beschreibt.

Die Demokratie hat ohne Nachwuchs keine Zukunft. Die Beteiligung der Jugend ist eine Herausforderung für Erwachsene und Jugendliche. Probleme der Generationengerechtigkeit, sowie die verantwortliche Teilnahme am Gemeindeleben sind aber Aufgaben, die alle Alterstufen gleichermaßen betreffen. Die stetig wachsende Politikverdrossenheit auch unter den Jugendlichen, zeigt, dass wir diese Herausforderung bis jetzt nicht richtig oder gar nicht angegangen sind.

Aber wir sehen in den Ausschuss- und Ratssitzungen hin und wieder Jugendliche als Besucher. Sei es nun Personen die der SPD oder der CDU oder einer anderen Partei nahe stehen. Es gibt also politisches Interesse bei den Jugendlichen. Nur sprechen wir diese auch an. Bei denen die in einer politischen Jugendorganisation sind, bestimmt. Aber es gibt auch viele politisch interessierte Jugendliche, die sich keiner Partei anschließen können oder wollen, aber trotzdem am politischen Leben in unserer Gemeinde teilnehmen wollen. Genauso gibt es auch Jugendliche die gar nicht wissen, was Politik ist und bedeutet und vielleicht gar nicht wissen, an wen sie sich wenden können.

Wir, die FDP treten dafür ein, Jugendliche als gleichberechtigte Partner bei den sie betreffenden Entscheidungen mit einzubeziehen. Ich erinnere hier an die Jugendlichen, die die Idee zum Bau einer Skaterbahn in Oesterholz hatten. Bis heute ist diese Idee nicht einmal bis in die Ausschüsse vorgedrungen. Die Eigeninitiative von Jugendlichen muss aufgegriffen, ihre Ideen und Vorschläge müssen berücksichtigt und ihre Selbstorganisation gefördert werden.

Um Jugendliche an der Gemeindearbeit zu beteiligen, fordern wir die Einrichtung einer Jugendvertretung, in welchen engagierte Jugendliche als Sprachrohr ihrer Generation Ideen und Pläne an den Rat und die Gemeinde herantragen und aktuelle Themen beraten können. Diese Jugendvertretung ist aktiv mit einzubeziehen. Daher beantragen wir auch, dass Vertreter des Jugendparlamentes einen stimmberechtigten Sitz im Ausschuss für Gesellschaft und Soziales erhalten. Denn nur indem wir der Jugend ein Mitspracherecht einräumen stärken wir deren politisches Engagement. Der

Bürgermeister soll als Vertreter der Verwaltung Mitglied des Jugendparlamentes sein. So können den Jugendlichen Verwaltungsprozesse und das Recht der kommunalen Selbstverwaltung nähergebracht werden.

Wenn allgemein von Jugendlichen Engagement und Einsatz für die Gesellschaft gefordert wird, ist es für uns Liberale unverständlich, warum wir die Jugendlichen dann auch nicht über das Wahlrecht hinaus an Entscheidungen aktiv beteiligen.

Ob sich die Jugend überhaupt an einem solchen Projekt beteiligen wird, oder wie groß das Interesse sein wird, kann ich nicht beantworten. Aber das müssen wir sowieso den Jugendlichen überlassen. Aus diesem Grund haben wir auch eine zweijährige Probephase beantragt.

Ich weiß, dass diese Jugendvertretung zumindest zu Beginn, einen gewissen Aufwand für die Verwaltung bedeutet, aber hier finden sich gute und auch kostengünstige Lösungen. Die Kosten für dieses Parlament können über Spenden abgedeckt werden.

Die innere Ausgestaltung der Verwaltung der Jugendvertretung würde ich unter beratender Unterstützung durch die Verwaltung den Jugendlichen überlassen. Die Wahlen könnten im Domino, den Vereinen und der Verwaltung stattfinden. Ebenso könnten auch die Hauptschule und Realschule, auf die viele Schlänger Jugendliche gehen, gewonnen werden.

Ich persönlich und auch die FDP würden sich freuen, wenn sie liebe Kolleginnen und Kollegen diesem Antrag zustimmen würden. Wir können hiermit allen Jugendlichen die Chance geben sich politisch in unseren lebens- und lebenswerten Schlangen zu engagieren.

Patricia Lump

Anmerkung: Der Antrag wurde einstimmig zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Gesellschaft und Soziales verwiesen. Wir sind auf den richtigen Weg, und können dieses Jahr vielleicht noch Wahlen zum Jugendparlament durchführen.